

## **G.Baisch, 30.3.2017 „Büchel und die Atomwaffenverbotskonferenz in New York“**

Seit letztem Montag ist in New York bei der UN eine Konferenz im Gange, die es **in sich** hat: sie erarbeitet einen Vertrag, durch den weltweit die Atomwaffen verboten werden sollen. Die NATO-Staaten und vor allem die USA wollten diese Konferenz unbedingt verhindern und haben ihr jede Menge Steine in den Weg gelegt. Mitte Oktober letzten Jahres empfahlen die USA in einem Brief allen NATO-Staaten und -Alliierten dringend, mit Nein gegen die Konferenzpläne zu stimmen und keinesfalls sich später an der Konferenz zu beteiligen. Es heißt da u.a. :

Ein Verbotsvertrag würde die Vereinigten Staaten daran hindern, atomwaffenfähige Trägersysteme einzusetzen, um Sicherungsmissionen für US-Verbündete durchzuführen - richtig! es gäbe keine Atomraketen mehr in Büchel und anderswo in Europa!

Oder: - Ein solcher Vertrag würde eine gemeinsame Einsatzplanung mit A-Waffen unmöglich machen - richtig! Das wollen wir **auch** nicht!

Man muss sich das mal klar machen: die USA listen in diesem Schreiben auf, wo sie überall gegen den Atomsperrvertrag verstoßen und „drohen“ sozusagen den NATO-Staaten damit, das zu beenden, wenn diese den Verbotsvertrag unterstützen.

Aber eine große Mehrheit der Staaten hat die Konferenz in der UNO-Vollversammlung am Heiligabend letzten Jahres dennoch beschlossen. Alle Staaten der UN sind jetzt aufgefordert, an der Konferenz teilzunehmen; auch Vertreter der Zivilgesellschaft wie z.B. IPPNW und IALANA sind aktiv einbezogen. Ziel des Vertrags ist die Ächtung und vollständige Beseitigung der Atomwaffen.

Am Montag eröffnete die UN-Botschafterin Elaine White aus Costa Rica die Konferenz. 120 Staaten haben Delegationen geschickt. So auch Österreich, die Schweiz, Schweden und Irland. Die 9 Atomstaaten boykottieren die Konferenz, ebenso die NATO-Staaten einschließlich Deutschland mit Ausnahme der Niederlande.

Unsere Regierung betont bei jeder Gelegenheit, dass sie Bemühungen um eine atomwaffenfreie Welt überall unterstützen will. Dazu passt der Boykott ja nun gar nicht. Im Januar reichte die LINKE einen Entschließungsantrag ein, die Regierung solle sich doch noch aktiv an der Konferenz beteiligen. Am letzten Donnerstag sollte das endlich im Plenum behandelt werden, als letzter Punkt der Tagesordnung. Ganze 35 Minuten waren für die Debatte vorgesehen. Aber dann wurde der Punkt wieder abgesetzt.....

**Warum ist diese Konferenz so bedeutsam?**

Nach den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki wuchs rasch weltweit die Überzeugung, dass diese Waffen nie mehr zur Anwendung kommen sollten. Andererseits war ihr Besitz eine Demonstration von Macht. Und so hatten die 5 Vetomächte im SR, nämlich die SU ab 1949, GB ab 1952, F ab 1960 und China ab 1964 ebenfalls Atombomben. 1968 stabilisierten sie mit dem Atomsperrvertrag ihre Ausnahmestellung: jetzt sollten keine weiteren Atomstaaten entstehen. Diesem Vertrag sind alle Staaten der Welt beigetreten mit 4 Ausnahmen: Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea, den neuen Atomstaaten.

Zugleich verpflichteten sich die 5 alten Atomstaaten, Verhandlungen für eine vollständige Vernichtung der vhd. Atomwaffen aufzunehmen. Das war die Gegenleistung dafür, dass die anderen Staaten auf Atomwaffen verzichteten.

Der Sperrvertrag war eigentlich ein guter Abrüstungsvertrag mit einem starken Kontrollsystem. Aber die Atomstaaten dachten nicht daran, ihre Verpflichtung wirklich einzulösen, ich meine: die Nuklearwaffen abzubauen und zu vernichten. Die USA und die SU, die Supermächte mit über 95% der Atomwaffen, haben zwar einen großen Teil ihrer Sprengköpfe eingemottet. Aber heute haben allein diese beiden Staaten noch über 14.000 scharfe Sprengköpfe, davon 1.800 in Minuten einsatzbereit. Das genügt immer noch, um in einer halben Stunde die ganze Menschheit durch sofortigen Tod oder danach durch Hunger und Kälte auszulöschen.

Als 1996 der Internationale Gerichtshof auf Antrag der UN feststellte, dass die Drohung mit Atomwaffen und ihr Einsatz gegen zwingend geltendes Völkerrecht verstoße, hoffte man auf einen neuen Schub bei der nuklearen Abrüstung. Die Hoffnung trog. Inzwischen wird in offener Missachtung des Sperrvertrags sogar massiv modernisiert und in Wahrheit atomar **aufgerüstet**.

Alle 5 Jahre wird der Atomsperrvertrag bei einer Konferenz aktualisiert. Immer wieder versprochen dabei die Atommächte, aktiv zu werden, aber zu Abrüstungsverhandlungen kam es nicht. 2010 wurde einige Schritte vereinbart. Als man 2015 wieder zusammenkam, war **nichts** davon erledigt - die Krim und die Ukraine beherrschten die Debatte. Es gab nicht einmal ein gemeinsames Abschlussdokument.

Inzwischen hatten sich aber die Nicht-Atom-Staaten zusammen gefunden über der Einsicht, dass sie von einem Einsatz der Atomwaffen genauso betroffen wären wie die Atomstaaten selbst. Sie wollten nicht länger unter dieser Bedrohung leben. Nach 3 Konferenzen in den Jahren 2013 und 2014 in Oslo, in Nayarit/Mexiko und in Wien, wobei teilweise drei Viertel (147) aller Staaten der Welt teilnahmen, kam es im Dezember 2014 zu dem Humanitarian Pledge. Das war der von Österreich angeführter Schwur von damals 123 Staaten, sich unerschütterlich für die Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen. Und so kam es zu der jetzigen UN-Konferenz für ein Verbot der Atomwaffen.

Ein Konferenzbeobachter vom ersten Tag: der Kern ist, dass hier in Entschlossenheit und mit Hoffnung verhandelt wird, nicht in Furcht und im Gefühl von Unterlegenheit. Es ist eine Aktion von

Staaten und Zivilgesellschaft, die zusammengekommen sind, um aufzustehen gegen die Macht und Gewalt der Atomstaaten. Um zu sagen: es reicht! Wir wollen eine andere Welt haben, egal ob es euch passt oder nicht.

Wir sollten uns vergegenwärtigen: schon 1955 waren es 29 Staaten aus **Asien und Afrika**, die auf der Konferenz in **Bandung** festhielten: Freiheit und Frieden sind untrennbar verbunden. Wenn wir den Kolonialismus beenden wollen, müssen wir aufstehen gegen die weiße Vormacht und atomare Waffen.

Diese Klarheit brachte auch in den letzten Jahrzehnten die ganzen Staaten des Südens incl. Australien und Süd- und Mittelamerika dazu, in ihren Ländern überall **atomwaffenfreie Zonen** zu vereinbaren. Heute sind davon ausgenommen nur noch die Gebiete der Atom- und NATO-Staaten.

Und nun sind es **wieder** die Staaten des globalen Südens, die uns antreiben, mit dem Atomwaffenverbot das längst überfällige anzugehen.

**Deutschland** hat 1954 auf Atomwaffen verzichten müssen, um größere Souveränität zu erhalten. Im 2+4-Vertrag von 1990 - unserem Friedensvertrag - hat die BuRegierung den Verzicht auf Herstellung und Besitz von Atomwaffen und auf Verfügungsgewalt über atomare Waffen bekräftigt.

Als ob es diese Verpflichtungen nicht gäbe, hält unsere Regierung an der atomaren Teilhabe fest. Mehr noch: seit Wochen ist die Rede von Atomwaffen der EU und dem deutschen Beitrag dazu. „Griff nach der Weltmacht“ hieß das 1914 - heute reden die deutschen Imperialisten und ihre Medien lieber von „Neue Macht - Neue Verantwortung“ - aber wieder geht es um Absatzgebiete - Marktbeherrschung - Rohstoffe und Handelswege.

### **Die Bevölkerung in Deutschland ist klüger als ihre Regierung**

Nach einer Forsa-Umfrage von März 2016 spricht sich eine überwältigende Mehrheit von 85% der Bundesbürger dafür aus, dass die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen abgezogen werden. Und sogar 93% befürworten, dass Atomwaffen völkerrechtlich verboten werden sollen.

In Büchel läuft z.Zt. der mehrwöchige Protest gegen die nukleare Teilhabe und die dortigen Atomwaffen. Wir grüßen die dort Protestierenden.

In New York wünschen wir der Konferenz, die Ende Juni fortgesetzt wird, einen erfolgreichen Abschluss und fordern von unserer Regierung, sich aktiv an den Verhandlungen zu beteiligen.

Ändern wird sich aber auch im Wahljahr nur etwas, wenn wir uns bewegen, aufstehen und sichtbar protestieren.